

2€/4€ Solidari-
tätspreis

www.sozialistischeoffensive.net



OFFENSIV

Nr.17, Winter 2024/25

SOZIALISTISCHE ZEITUNG für Arbeiter*innen und Jugendliche



**Streik
statt fauler
Kompromisse!**

**Reallöhne erhöhen - Kürzungen abwehren
Jobs verteidigen - Gemeinsam kämpfen**



Innenpolitik

Mehr Polizei und mehr
Überwachung schafft keine
Sicherheit

Seite 3



Schwerpunkt

Wie Kürzungspolitik und
Rechtsextremismus gestoppt
werden können

Seiten 5 und 6

Brav sein nützt nur der FPÖ

Nationalratswahl 2024: Die wahren Verlierer*innen der Wahl sind wir!

Die Nationalratswahl ist vorbei und Platz 1 für die FPÖ ist keine große Überraschung. Trotzdem haben viele gehofft, dass es doch anders kommen könnte.

Von Albert Kropf, SO Wien

Dabei ist es falsch, das Ergebnis einfach als „Rechtsruck“ zu bezeichnen, viel eher ist es eine Fortführung der Polarisierung und Ausdruck der zunehmenden Ablehnung des Establishments, von „denen da oben“ etc. Im Gegensatz zu früher hat die FPÖ in den letzten Jahren eine Stammwähler*innenschaft aufgebaut bei der die Ablehnung des Establishments ein zentrales Wahlmotiv ist. Sie ist Protest nicht auf der Straße, im Betrieb oder im persönlichen Umfeld, sondern in der Wahlzelle. Letztlich zeigt das Wahlergebnis, wenn auch in verzerrter Form, die Suche nach Alternativen.

Was jetzt? FPÖ draußen halten oder in die Regierung?

Der Wunsch nach der Wahl, die FPÖ „draußen zu halten“, ist eine verständliche Reaktion. Die angebotene „Lösung“ für dieses Ziel ist wie schon so oft eine „Koalition der Vernunft“ zwischen ÖVP, SPÖ und Neos/Grüne. Die beinhaltet aber die Wunschliste von Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und Forderungen der EU. Genau damit stärken sie aber nur wieder die FPÖ. Aus gutem Grund hatte Babler Rot-schwarz vor der Wahl ausgeschlossen. Die andere „Lösung“, die FPÖ in die Regierung zu lassen und zu hoffen, dass es sie wieder zerreißt, ist auch gefährlich. Dafür gibt es keine Garantie und selbst wenn sie wieder an diversen Skandalen zerbricht, hätte sie bis dahin eine Reihe von Verschlechterungen durchgedrückt. Und die Erfahrung zeigt: Trotz vieler Versprechen von SPÖ und Grüne haben sie bis auf ein paar Alibi-Aktionen kaum Verschlechterungen aus den vergangenen FPÖ-Regierungen zurückgenommen, wenn sie am Ruder waren. Ganz im Gegenteil, der Sozialabbau, für den ALLE Parteien in verschiedenen Kombinationen verantwortlich sind, hat viele heutige Probleme angeheizt.



Warum haben Babler und KPÖ+ nicht gezogen?

Der Kapitalismus steckt tief in einer Krise und schafft auf allen Ebenen laufend Probleme. Offenbar wurde Babler und der KPÖ nicht geglaubt, dass sie diese tatsächlich lösen können. Babler war kein wirklicher Bruch in der SPÖ, er hat ihren Charakter als bürgerliche Partei nicht in Frage gestellt. Der Versuch, einen Kompromiss zwischen seinem Kurs und dem verkrusteten Parteiapparat zu schaffen, war von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Die KPÖ hat zwar ihre Stimmen im Vergleich zu 2019 fast vervierfacht, landete aber deutlich unter den Erwartungen. In ihren Hochburgen, wo bei Regionalwahlen Erfolge eingefahren wurden wie in Graz, Salzburg oder Innsbruck, lag sie bei den Nationalrats-Wahlen weit dahinter. Auch die KPÖ erhielt den meisten Zulauf von ehemaligen Grünwähler*innen. Beide haben v.a. in einem kleinbürgerlichen Milieu gepunktet und weniger unter Arbeiter*innen oder Arbeitslosen. Dazu kommt die Orientierung auf die Wahlebene und die Illusion,

dass Veränderung über das Parlament erreicht wird.

Protestparteien oder letztlich doch Systemparteien?

Anstatt Teil von Bewegungen für höhere Löhne, für Arbeitszeitverkürzung, gegen Rassismus und Sexismus zu sein, haben sie auf Sozialarbeit und Stellvertretungspolitik gesetzt. Die Beschränkung der KPÖ auf das Thema Wohnen im Wahlkampf ist die Fortsetzung der Sozialarbeit-Methode und letztlich Ausdruck einer fehlenden Alternative zum Kapitalismus und seiner Logik. Auch die KPÖ war bemüht, sich „respektabel“ zu präsentieren, nicht zu radikal. Beide haben sich damit letztlich an der Form von Politik orientiert, die bürgerliche „Expert*innen“ propagieren und beide haben damit einen Schritt in Richtung etablierte Normalität gemacht und das Feld für eine Anti-Establishment-Politik der FPÖ überlassen.

Der Umkehrschluss „radikales Programm und Auftreten bringt den Einzug ins Parlament“, wäre genauso falsch. Es ist gut möglich, dass mit einem offensiveren Programm für die Arbeiter*innenklasse und einer deutlichen Orientierung auf Bewegung und Organisierung statt aufs Parlament das reine Stimmenergebnis niedriger gewesen wäre. Aber ein solcher Wahlkampf wäre die Grundlage für den Aufbau einer echten Aktivist*innenbasis gewesen. In weiten Teilen ist der Schritt vom Wählen zum Organisieren noch nicht gemacht worden - das hätte ein Anstoss sein können.

So hätte dann eine kämpferische Kampagne für die aufgestellten Forderungen und gegen die Angriffe der künftigen Regierung geführt werden können. Und damit hätte ein entscheidender Fortschritt im Aufbau einer echten kämpferischen Partei für Arbeiter*innen und Jugendlichen gemacht werden können.

Hier unser vollständige Stellungnahme zum Wahlergebnisse und seinen Ursachen:



“Wir werden erst sicher sein, wenn wir uns vom System befreien!”

Wenn das vereitelte Attentat auf Taylor Swift, Morde an Frauen, Bombenalarm an Bahnhöfen etc. die Schlagzeilen dominieren, ist das kein Zufall.

Von Margarita Wolf

Unter dem Deckmantel der “Wahrung der Sicherheit” fordern dann alle etablierten Parteien mehr Law&Order: z.B. härtere Strafen für Frauenmörder, stärkere Überwachung mittels Messenger-Gesetzen ... Dabei widersprechen die Statistiken (Kriminalitätsrate, Aufklärungsquote, ...) dem Bild, das die Medien zeichnen. Es geht also darum, in Zeiten der Wirtschaftskrise von den eigentlichen Problemen abzulenken.

Die Unsicherheit ist nämlich da, aber in Bezug auf die soziale Absicherung. Da wird seit Jahren gekürzt und gespart, wohingegen 2024 allein 4,05 Milliarden Euro (+11,1 %) für „Sicherheit“ zur Ver-

fügung stehen. Härtere Strafen lösen aber die Wurzeln der Probleme nicht. Soziale und finanzielle Absicherung gibt Frauen einen Ausweg aus gewalttätigen Beziehungen. Denn Gewalt und Mord sind Frauen hauptsächlich in den eigenen 4 Wänden ausgesetzt.

Härtere Gesetze werden v.a. gegen jene verwendet, die sich organisieren, protestieren und streiken wollen, um die soziale Unsicherheit im Land zu bekämpfen. Der Mafia-Paragraph wird gegen Tierschützer*innen eingesetzt. Italien plant ein härteres Gesetz gegen Klimaschützer*innen - das auch gegen Gewerkschafter*innen genutzt werden kann. Die Anti-Terrorgesetze wurden in den USA gegen streikende Arbeiter*innen eingesetzt.

Solche Gesetze dienen in erster Linie dazu, die Besitzverhältnisse in Zeiten der Krise aufrechtzuerhalten. Für den Großteil der Bevölkerung gibt es jedoch keine Sicherheit, weder jetzt noch in



einer kapitalistischen Zukunft, wo Jobverlust, Klimawandel, Krieg und Krise unsere Existenz bedrohen.

> Deshalb fordern wir Stopp der Aufrüstung, Überwachung und Militarisierung und stattdessen Investitionen in Gesundheit, Bildung und Soziales und einen Mindestlohn von 2.000 Euro netto

LOHNNEBENKOSTEN SENKEN

Oder die Lüge von mehr Netto vom Brutto

Eine der lautesten Forderungen der Industriellenvereinigung ist die Senkung der Lohnnebenkosten. Was steckt dahinter?

Von Harald Teppan, SO Salzburg

Was sind Lohnnebenkosten und was finanzieren wir damit? Unser Sozialsystem, Leistungen wie Absicherung im Krankheitsfall oder bei Unfällen, Arbeitslosigkeit, Pension und noch mehr. All das sind Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung.

Die Lohnnebenkosten sind einer von drei Lohnbestandteilen. Lohn, Dienstgeber- und Dienstnehmeranteil sind Teile vom Lohn, alle drei Teile werden von den Beschäftigten erarbeitet. Bei Senkung der Lohnnebenkosten werden in Folge die Sozialleistungen beschnitten, gekürzt und gestrichen. Es ist somit eigentlich eine Lohnkürzung. Hintergrund davon ist - aus kapitalistischer Sicht - die kommende Wirtschaftskrise. In einer Rezession geht es den Kapita-

list*innen an die Profite. Die Konkurrenz wird härter. Um die Profite zu erhalten, müssen sie die Lohnkosten insgesamt senken. Die Senkung der Lohnnebenkosten ist eine Art das zu tun.

Die AUVA (und damit in Folge das Böhler-Spital) zum Beispiel wurde von Schwarzbau und dann von ÖVP und Grünen kaputt gespart, indem sie bei der Unfallversicherung kürzten (also „Lohnnebenkosten senkten“). Dadurch fehlten 300 Millionen Euro im Budget des Böhler, obwohl das Spital schon seit Jahren saniert gehört hätte. Da nun weniger Geld da ist, geht dies zulasten von Patient*innen und Beschäftigten. Es wird mit der Gesundheit von Menschen gespielt. Das ist also eine Art der Kapitalist*innen mit der Krise umzugehen: die Beschäftigten zahlen lassen. Unsere Antwort auf die Krise ist jedoch: Wenn eine Firma behauptet, kein Geld zu haben und leider Personal abbauen oder Standorte schließen zu müssen, müssen die Finanzunterlagen geöffnet werden. Dann können die Beschäftigten sehen,

wie es wirklich um die Firma steht und wo das Geld ist.

Droht die Schließung, müssen Firmen von der öffentlichen Hand übernommen werden. Alle Werte, die in der Firma stecken, haben die Beschäftigten geschaffen - die Firma gehört ihnen eigentlich längst. Um das Gesundheitswesen, Bildungseinrichtungen, den öffentlichen Verkehr, den Wohnungsbau, Wasser und Energie vor Privatisierung, Kürzungen und Spekulation zu schützen, müssen diese Bereiche ganz in die Hände der arbeitenden Menschen übernommen werden. Damit die Krise nicht von uns bezahlt wird, muss die Grundversorgung der Profitlogik entzogen werden - gehört also in öffentliches Eigentum, verwaltet, kontrolliert und demokratisch geplant durch die Beschäftigten und die Vertretung der Arbeiter*innenbewegung. Für all das braucht es einen konsequenten Kampf. Und der beginnt damit, dass die Beschäftigten ordentlich Druck von unten auf die Gewerkschaftsführung aufzubauen.

Pleitewelle: Arbeitsplätze und Löhne verteidigen statt die Krise verwalten

Österreich befindet sich im 2. Jahr einer Rezession. Die Zahl der Pleiten steigt: Signa, Tupperware, Esprit... Die Regierung hat den Unternehmen in der Pandemie Millionen geschenkt. Dennoch wird Personal abgebaut. Die Firmen sagen, die Lohnkosten seien der Grund. Auch Lieferketten, Kriege, Energiekrise, Teuerung und Klimawandel verkaufen sie als Ursache. Aber vielmehr sind das Symptome der Krise des kapitalistischen Systems an sich.

Von David Kurz, SO Wien

Die Krise von 2008/9 wurde nie überwunden, sondern nur verschoben, u.a. durch ultra billige Kredite, es folgten Corona und Inflation. In der Autoindustrie gibt es schon lange massive Überkapazitäten, die nie abgebaut wurden. Die Weltwirtschaft schwankt und so wird die Konkurrenz härter. Es sind die inneren Widersprüche des Kapitalismus, die immer wieder zu Krisen führen, doch die Beschäftigten sollen die Kosten tragen. Gleichzeitig werden Manager*innen per „golden handshake“ verabschiedet oder Vermögen (Beispiel Benko!) in Stiftungen zur Seite geschafft.

Lohnverzicht rettet keine Jobs

Lohnrunde und Schließungen finden vor dem Hintergrund der Rezession statt. Die Kapitalist*innen versuchen mit Senkung der Lohnkosten, Personalabbau und Standortschließungen ihre Profite zu sichern. Auch darum stehen sie bei der Lohnrunde auf der Bremse. Der Druck auf die Gewerkschaft ist



enorm, Zugeständnisse bei Einkommen und Arbeitsbedingungen zu machen, um die Jobs zu erhalten. Doch die Reallöhne sind schon in den letzten Jahren gesunken und trotzdem machen Firmen Pleite. Die Angst um die Arbeitsplätze ist verständlich. Aber immer wieder zeigt sich: Lohnverzicht sichert keine Jobs. Nicht einmal kurzfristig funktioniert der Deal. Oft wird nach Zugeständnissen von Betriebsrat und Gewerkschaft dennoch Personal abgebaut, da die Krise ja weiter besteht und die Löhne nicht die Ursache sind. Die Jobs sind weg und das Arbeitslosengeld sinkt.

Ein Programm gegen die Krise

Wir brauchen ein Programm für höhere Löhne UND gegen Personalabbau (siehe Seite 3). Jobs und wichtige Leistungen/Produkte müssen Vorrang vor Profitinteressen haben. Es ist richtig, Betriebe oder Standorte in öffentliches Eigentum zu übernehmen, wenn die Schließung droht. Unsere Idee von Verstaatlichung ist allerdings eine ganz

andere als jene der Kapitalist*innen. Die Verstaatlichungen in Österreich wurden völlig nach kapitalistischen Gesichtspunkten geführt, inklusive Korruption etc. Das gilt für jene nach 1945 wie auch nach 2008 die Notverstaatlichungen. Letztere wurden auf Kosten der Beschäftigten und der Staatskasse saniert und dann billig an die Kapitalist*innen zurückzugeben. Aber nötig ist eine Verstaatlichung der Profite, nicht der Verluste. Verwaltung und Management muss in den Händen der Belegschaften sowie ihrer Vertretungen und der Arbeiter*innenbewegung liegen. Aber wenn rundherum Kapitalismus herrscht, unterliegen auch diese Betriebe kapitalistischen Spielregeln. Daher müssen die Schlüsselbetriebe in öffentliches Eigentum übernommen und die Wirtschaft demokratisch geplant werden. Das ist notwendig für ein menschenwürdiges Arbeiten und Einkommen und für eine nachhaltige Wirtschaft. Doch im Kapitalismus ist das unmöglich - das ist der Grund, warum wir für eine sozialistische Gesellschaft und Wirtschaft eintreten.

Die lange Leidengeschichte der GM/Opel-Beschäftigten in Wien 22:

Mit Staatsgeldern errichtet, privat geführt, seit der Krise 2008 (und verstärkt seit dem Verkauf durch GM 2017) immer stärker zusammenge spart. Weder Kurzarbeit noch moderate Lohnrunden (z.B. 2009) und Öffnungsklauseln konnten die Schließung des Werks aufhalten.

Kreisky und GM Austria unterzeichnen 1979 einen Vertrag über die

Errichtung eines Motorenwerks in Aspern. Der Staat sichert 9,8 Milliarden Schilling zu. Das 1982 eröffnete Werk hat in den 90ern bis zu 3.000 Beschäftigte. In der GM-Krise 2008 wird die Produktion für mehrere Tage eingestellt und 150 Leiharbeiter*innen abgebaut. 2009 folgt Kurzarbeit, und in den folgenden Jahren Personalabbau: Von 2.145 Beschäftigten 2009

auf 1.850 Beschäftigte Ende 2016. 2017 Verkauf an die PSA Gruppe und 2019 werden 400 Beschäftigte abgebaut, da die Produktion des Fünfganggetriebes ausläuft. 2020 fusioniert PSA mit Chrysler zur Stellantis-Gruppe, die Motorenproduktion wird eingestellt, der Personalabbau geht weiter. 2024 Stellantis schließt das Opel Werk in Wien, die letzten 300 Beschäftigten verlieren ihren Job. 2022/23 verzeichnet Stellantis einen Rekordgewinn...

Ist die Jugend von heute faul?

Das Klischee von der faulen, nichtsnutzigen Jugend hält sich seit der Antike - und war stets falsch.

Die Jugend von heute sei verwöhnt und wolle nur konsumieren. Gleichzeitig wolle sie aber nicht arbeiten. Vor allem das Klischee von „faulen Student*innen“, die keine Ahnung von der „echten (Arbeits-)welt“ hätten, hält sich hartnäckig.

Von Anna Hiermann, SO Wien

Bei genauerer Betrachtung sind das Scheinargumente, die dazu dienen, die Arbeitskraft junger Menschen noch mehr auszupressen. Laut einer Umfrage der Arbeiterkammer arbeiten bereits 80 % der Studierenden neben ihrem Studium, davon arbeitet ein Viertel sogar mehr als 35 Stunden pro Woche. Von Faulheit kann keine Rede sein. Durch die Inflation hat sich der Druck auf Studierende möglichst viel zu arbeiten, noch weiter erhöht.

Jugendliche sind durch Ausbildung und Job oft überlastet

Zahlreiche junge Menschen beginnen bereits in der Schule zu arbeiten. Zum einen, um sich das Taschengeld auf-

zubessern, oft aber weil sie bzw. die Familie Geld brauchen. Selbst wenn junge Menschen nicht wegen des Geldes arbeiten müssen, tun sie es trotzdem, weil viele Unternehmen bereits im Vorfeld Berufserfahrung erwarten. Außerdem müssen an berufsbildenden mittleren/höheren Schulen und in vielen Studien Praktika absolviert werden. Schüler*innen an BAFEPs (Bundesbildungsanstalt für Elementarpädagogik) z.B. bekommen für Praktika praktisch nichts bezahlt, wie ich aus eigener Erfahrung sagen kann.

Gerade, gegen Ende ihrer Ausbildung dienen Schüler*innen somit als kostenlose Arbeitskräfte in Kindergärten, Sozialeinrichtungen etc.. Beispiele wie diese zeigen, dass das Image der „faulen Jugend“ dazu dient, schlechte Arbeitsbedingungen zu rechtfertigen. Stattdessen müssen wir echte Verbesserungen erkämpfen, wie die Bezahlung von Praktika und finanzielle Absicherung während des Studiums, damit Lernen ohne „nebenbei“ Arbeiten kein Privileg einer kleinen Minderheit ist.



Unbezahlt trotz Arbeit am Limit!

Jugend leistet enormen Beitrag – doch nur der Staat profitiert

Das Bild von faulen Jugendlichen, die den Hals nicht voll kriegen und nur nach teuren Markenklamotten streben, ist weit verbreitet. Doch die Realität sieht anders aus: Viele Jugendliche arbeiten hart und häufig unbezahlt – ohne ausreichende Anerkennung oder Entlastung. Die Wahrheit ist, dass die Jugend oft ausgebeutet wird, um Lücken in der Wirtschaft zu stopfen.

Von Alexander Weber, SO Wien

Ein wichtiger Aspekt, der oft vergessen wird, ist das ehrenamtliche Engagement der rund 36.000 Jugendlichen, die in der Freiwilligen Feuerwehr tätig sind, sowie der vielen weiteren beim Roten Kreuz oder anderen Hilfsdiensten. Sie helfen in Katastrophenfällen, leisten Erste Hilfe und engagieren sich in ihrer Freizeit für die Gesellschaft. Doch obwohl sie unersetbar sind, bleibt der Staat untätig, wenn es darum geht, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die

Umsetzung der Forderung, dass freiwillige Helfer*innen während eines Einsatzes bezahlten Sonderurlaub bekommen, ist längst überfällig.

Jugend stopft Löcher die Staat öffnet

Unzählige Jugendliche „helfen“ unbezahlt im Familienbetrieb. Noch weniger Beachtung finden die rund 43.000 Kinder und Jugendlichen, die regelmäßig ihre kranken oder pflegebedürftigen Angehörigen unterstützen. Diese stillen Held*innen, die oft nur zwischen 5 und 18 Jahren alt sind, übernehmen Aufgaben, die von der Haushaltsführung bis hin zur physischen und emotionalen Pflege reichen. Während die Auswirkungen auf ihre psychische und physische Gesundheit erheblich sind, gibt es nahezu keine Unterstützung von staatlicher Seite aus.

Ein weiterer besonders prekärer Bereich, in dem Jugendliche oft überlastet und unterbezahlt sind, ist der Zivildienst

– sei es in der Pflege, im Rettungs- und Bildungswesen oder in gemeinnützigen Einrichtungen. Denn obwohl die Aufgaben verantwortungsvoll und oft belastend sind, ist die Bezahlung des Zivildienstes nicht existenzsichernd. Die sogenannte Grundvergütung liegt bei ca. 585 Euro pro Monat, welche, trotz Anstieg in den letzten Jahren, immer noch deutlich unter der Armutsgrenze liegt. Für junge Menschen, die bereits eine Familie haben oder sich selbstständig finanzieren müssen, ist dies schlichtweg unzureichend.

Tatsache ist: Der Staat streicht seit Jahrzehnten bei öffentlichen Leistungen. Unzählige Erwachsene und Jugendliche füllen un- oder unterbezahlt die Riesenlöcher. Extraprofite für die Reichen, Extrastress für uns!

> Es ist an der Zeit, diese Leistungen nicht nur anzuerkennen, sondern auch dafür zu kämpfen, dass sie endlich ordentlich bezahlt werden!

Kämpfe vorbereiten, Alternative aufbauen!

Die Lage für Beschäftigte, Arbeitslose, Jugendliche und Pensionist*innen ist bedrohlich: Die heimische Wirtschaft befindet sich in einer Rezession. Die deutsche Wirtschaft, besonders die Autoindustrie, und die Weltwirtschaft sind in einer strukturellen Krise. Außerdem hat die Teuerung tiefe Löcher in unsere Taschen gerissen.

Von Laura Rafetseder und Sonja Grusch,
SO Wien

Dazu kommt die angespannte weltpolitische Lage mit Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten, Klimakrise... Krise über Krise und die Verunsicherung wächst. Die Forderungen der Wirtschaft an die neue Regierung: Abbau von Arbeitskosten & Unternehmenssteuern und staatliche Zuschüsse für Firmen. Bezahlen sollen wir: durch erhöhten Arbeitsdruck, längere Arbeitszeiten, Senkung des Lebensstandards und Kürzungen. Um davon abzulenken, setzen die etablierten Parteien auf Teile & Herrsche - nach Geschlecht, Religion oder Herkunft. Das... oder wir wehren uns!

Für eine Aktionskonferenz

Die Begeisterung für Babler und die regionalen KPÖ-Erfolge haben gezeigt, dass es großes Potential für sozialistische Politik gibt. Doch beide haben sich (mäßig erfolgreich) darauf beschränkt, Wähler*innen zu gewinnen. So werden kommende Angriffe nicht verhindert. Es ist nötig, eine Strategie zu entwickeln, um den Widerstand gegen Angriffe mit den Lohnrunden zu verbinden. Und ein Programm, das über den Tellerrand der kapitalistischen Krisenlogik hinausblickt und die Bedürfnisse von Mensch und Natur ins Zentrum rückt. Viele, die KPÖ und Babler gewählt haben, sind dafür gewinnbar. Viele, die nicht gewählt haben, werden Teil dieser Kämpfe sein. Und viele, die die FPÖ als scheinbare Alternative gewählt haben, werden, wenn es echte Kämpfe und eine echte Alternative gibt, sehen, dass die FPÖ eine Partei der Reichen ist.

Bei einer Aktionskonferenz kommen Aktive aus den Gewerkschaften, der KPÖ, rund um Babler und aus Bewegungen gegen Rassismus und andere Unterdrückungsfragen zusammen, um Kernforderungen zu fixieren.

> **Mögliche Eckpfeiler: Arbeitzeitverkürzung mit ausreichend mehr Personal, leistbares Wohnen und eine öffentliche Wohnbauoffensive, Lohnabschlüsse, die die Verluste der letzten Jahre vollständig ausgleichen und Kampf gegen jede Diskriminierung wegen Herkunft oder Geschlecht.**

Wer streikt, kann gewinnen

Der nächste Schritt wäre die Organisierung einer Kampagne, um diese Forderungen zu erkämpfen: durch das Gewinnen neuer Aktivist*innen, das Organisieren von Protesten und den Aufbau einer Streikbewegung. In den letzten Jahren gab es eine Zunahme an Arbeitskämpfen. Wo gekämpft wird, kann gewonnen werden. Die Lohnabschlüsse sind höher, Personalabbau kann verhindert werden.

Die Gewerkschaftsführung versucht, die Verhandlungen der einzelnen Branchen zu trennen und übers Jahr zu verteilen. Aber wenn mehrere Branchen gemeinsam streiken, lässt sich viel besser Druck aufbauen - v.a. in schwächer organisierten Bereichen. Im November 2022 streikte die Bahn. In derselben Woche fanden Warnstreiks bei Telekom, Brauereien und Privatspitalern statt. Ende der Woche hätte der Handel streiken sollen. 2023 wurde schließlich auch im Handel gestreikt - für viele Handelsbeschäftigte die erste Streikerfahrung. Die Streiks im Handel trafen auf jene im Metallbereich - ein Albtraum für die Unternehmen: die kampfstärkste und die größte Branche streikten gleichzeitig. Besonders wichtig sind branchenübergreifende Streiks für schwächere Branchen. Die Zweijahresabschlüsse der letzten beiden Jahren machen das viel schwieriger. Dieses Jahr pausieren die Metaller*innen, letztes Jahr setzten

die Eisenbahner*innen aus. Auch im IT-Bereich gab es einen 2-Jahresabschluss. Das schwächt nicht nur die Kampfkraft, sondern führt zu schwachen Abschlüssen. Unsere Probleme sind im Kern ähnlich: zu wenig Geld und zu wenig Ressourcen.

Sowohl 2022 wie auch 2023 gab es einen gemeinsamen Kick-Off für die Herbstlohnrunde mit der Demonstration gegen die Teuerung bzw. Menschenkette. Beide waren v.a. Dampflassaktionen. Viel entschlossener waren die Demonstrationsstreiks und die Streikwoche der Beschäftigten bei "Bildung im Mittelpunkt". Welche Macht hätte eine gemeinsame Demonstration verschiedener Branchen und Betriebe um gemeinsame Kernforderungen als erster Schritt, gefolgt von branchenübergreifenden Streiks! Da werden die Anliegen öffentlich sichtbar und die Kampfstärke spürbar. So können nicht nur Angriffe zurückgeschlagen, sondern echte Verbesserungen erreicht werden.

Für höhere Löhne, mehr Ressourcen UND Verteidigung der Jobs

In der Herbstlohnrunde ist der Druck der Unternehmen für "moderate" Abschlüsse hoch. Österreich ist in der Rezession. Es rächt sich, dass die Gewerkschaft in den letzten Jahren Abschlüssen unter der Inflation und Öffnungsklauseln zugestimmt hat. Als Teil des Metallabschlusses 2023 erlauben sie es Unternehmen, sich mit dem Argument aus dem Abschluss auszuklinken, sie hätten kein Geld. Wer überprüft das? Die Klausel hat letztes Jahr zehntausende Beschäftigte benachteiligt, dieses Jahr werden noch mehr Lohneinbußen erleben.

Viele Betriebe beginnen, Personal abzubauen und Standorte zu schließen. Das wird als Druckmittel gegen Lohnforderungen verwendet. Der Ardo-Streik 2023 zeigt, dass es im Kampf ein Programm braucht, das die Ängste um die Arbeitsplätze aufgreift. Bei Ardo war rund ein Drittel der Belegschaft im Streik. Der Rest hatte sich aus Sorge um

die Zukunft des Standorts nicht beteiligt. Nötig wäre ein Kampf um höhere Löhne UND den Erhalt des Standorts/der Arbeitsplätze gewesen. So hätte die gesamte Belegschaft für einen gemeinsamen Kampf an Bord gebracht werden können.

Ein Programm gegen die Krise wird umso wichtiger, je spürbarer die Rezession wird. Die Autoindustrie z.B. steckt in einer strukturellen Krise. Wenn die Gewerkschaftsführung hier auf Standortlogik setzt, kann sie nur Stellenabbau und Lohnkürzungen zustimmen. Umweltschutz wird dann überhaupt ignoriert. Aber es geht auch ganz anders. Zuerst müssen wir erkämpfen, dass Vertreter*innen der Belegschaft und der Gewerkschaften ALLE Firmenunterlagen bekommen. Dann wird deutlich, welchen Reichtum die Beschäftigten erwirtschaftet haben und in wessen Taschen das Geld geflossen ist. Der Kampf um jeden Job beinhaltet auch, zu verhindern, dass Management und Eigentümer*innen mit dem Geld oder den Maschinen verschwinden. Durch die Übernahme in öffentliches Eigentum kann das verhindert werden. Durch demokratische Planung und Verwaltung können alle Jobs und Löhne gesichert und die Umstellung auf sicherere oder notwendigere Produkte ermöglicht werden.

Kämpfe verbinden statt Teile und Herrsche

Die Lösungen der Kapitalist*innen auf die diversen Krisen sind neben Kürzungen auch Angriffe auf demokratische Rechte. Das ist ein Zeichen ihrer Schwäche. In Frankreich hat Macron in Reaktion auf die Pensionsbewegung nicht nur lange mittels Ausnahmezustand regiert, sondern trotz linken Wahlsieg einen Neoliberalen zum Premierminister gemacht. In vielen Ländern versuchen Gerichte und Regierungen, das Streikrecht einzuschränken, besonders dort, wo Kämpfe zugenommen haben. Die Kapitalist*innen versuchen einzelne Gruppen gegen andere auszuspielen. Wenn die Mindestsicherung für Migrant*innen gekürzt wird, ist das der erste Schritt, um die Mindestsicherung auch für alle anderen zu kürzen. Der Kampf gegen Rassismus und Sexismus ist untrennbar mit dem Kampf für genug Ressourcen für alle verbunden - genügend Personal im Gesundheits- und Bildungsbereich, genügend Wohnungen durch öffentli-



chen Wohnbau, genügend Arbeitsplätze etc. Statt die Spaltung der Arbeiter*innenklasse nach Geschlecht oder Herkunft zu übernehmen, muss jeder Versuch der Spaltung zurückgewiesen und eine größtmögliche Einheit hergestellt werden.

Die Angriffe jeder Regierung werden zahlreich sein: auf Betriebsratsrechte, auf Streiks, auf Kollektivverträge, Pensionen, Arbeitszeit, auf Migrant*innen, auf die Selbstbestimmung von Frauen, auf Umweltschutz-Aktivist*innen... Welche Kämpfe losbrechen werden, lässt sich nicht vorhersagen. So sorgt zum Beispiel die Idee der FPÖ einer "Vernaderungsstelle" für progressive Lehrkräfte im Moment für Unmut unter den Lehrkräften. Es wird nötig sein, Kämpfe und Bewegungen um politische Fragen, die unabhängig von gewerkschaftlichen Kämpfen aufbranden, mit diesen zu verbinden - sei es in der Klimafrage oder im angeblichen "Kulturmampf". Die Gewerkschaft muss sich in den Lohnrunden gegen alle Angriffe auf migrantische Kolleg*innen stellen. Die Prides müssen die Regenbogen-Kapitalist*innen rauswerfen und - ganz in der Tradition von Stonewall - die jeweiligen Kämpfe zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen an die Spitze stellen.

Gewerkschaften als Kampforganisationen zurückholen

Wir brauchen Gewerkschaften, die Kämpfe erfolgreich führen können. Darum müssen sich Gewerkschaftsaktivist*innen organisieren, um Druck auf die Führung auszuüben. Das gilt umso mehr, wenn die von der SPÖ do-

minierte Gewerkschaftsführung versucht, Kämpfe gegen eine Regierung mit SPÖ-Beteiligung zu unterbinden. Bei Kämpfen müssen die Kolleg*innen die Möglichkeit haben, sich im Rahmen von Betriebs- und Streikversammlungen an Diskussionen über Forderungen, Streikziele und Kampfstrategie einzubringen und darüber abzustimmen. Die Ergebnisse von Verhandlungen haben oft drastische Auswirkungen auf die Beschäftigten - sie müssen also selbst entscheiden, ob sie anzunehmen oder abzulehnen sind.

Der Kampf für demokratische Gewerkschaften und die kommenden Klassenkämpfe und sozialen Bewegungen verbessern die Ausgangslage für den Aufbau einer politischen Alternative in Form einer eigenen Kampfpartei der Arbeiter*innenklasse. Hier können sich Arbeiter*innen und Arbeitslose unabhängig von Geschlecht und Herkunft organisieren, Kämpfe vorbereiten und verbinden. Hier wird auch die Diskussion darüber stattfinden, woher das Geld für die notwendigen Maßnahmen kommen soll.

Es wird immer deutlicher, dass aufgrund der Krise des Kapitalismus die Spielräume begrenzt sind. Eine neue Arbeiter*innenpartei braucht daher ein sozialistisches Programm, das sich nicht von Sachzwängen und Pragmatismus beschränken lässt, sondern kompromisslos dafür steht und kämpft, was nötig ist: Einkommen zum Auskommen, umfassende soziale Absicherung und ein Leben in Frieden und Würde. Der Kampf für all das beginnt jetzt, alles wird aber erst mit dem Sturz des Kapitalismus erreicht werden können.

Kampf gegen Diskriminierung der Frauen – eine Aufgabe der gesamten Arbeiter*innenklasse

Campaign against domestic violence



Am 25. November jährt sich der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen.

Von Gerhard Ziegler, SO Linz

Das Leben von Frauen in Österreich ist nicht sicher. Bei Redaktionsschluss sind über 20 Frauen ermordet worden. Laut AÖF (Autonome Österreichische Frauenhäuser) gab es außerdem mindestens 34 Mordversuche bzw. schwere Gewalt an Frauen. Laut Statistik Austria sind 23 % der Frauen über 15 Jahren körperlicher Gewalt und 24 % sexueller Gewalt ausgesetzt; 7 % der Kinder unter 15 erfahren sexuelle Gewalt. 22 % der Frauen werden durch Stalking und 27 % am Arbeitsplatz belästigt.

Gewalt und sexistische Übergriffe finden häufig in den eigenen vier Wänden statt, oft auch am Arbeitsplatz. Betriebsräte und Gewerkschaften müssen dagegen entschieden vorgehen. Denn Sexismus am Arbeitsplatz oder anderswo schadet uns als Arbeiter*innenbewegung, führt zu Spaltung unter Kolleg*innen und macht den gemeinsamen Kampf um unsere Rechte schwieriger. 1992 lancierte Militant, unsere Schwesternorganisation in England (heutiger Name: Socialist Party) eine beispielgebende Kampagne gegen häusliche Gewalt (Campaign against domestic violence - CADV). Ein Justizskandal, der drastisch die gesellschaftliche Ungleichbehandlung von Mann und Frau zeigte, war Auslöser. Fast zeitgleich wurde ein Mann, der seine Frau ermordete, weil er "ihren psychischen Terror nicht mehr aushielte", vom Gericht freigesprochen, während eine Frau, die ihren jahrelangen Peiniger tötete, zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt wurde. Von Bristol aus verbreitete sich die CADV rasch über das ganze Land.

Ein wichtiger Teilsieg war die Aufhebung eines besonders reaktionären Gesetzes, das einer Frau verbot, ihren Ehemann (auch bei häuslicher Gewalt) zu verlassen, solange sie nicht recht-

mäßig geschieden war. Es wurde aufgezeigt, dass eine Reihe ökonomischer und sozialer Fragen mit häuslicher Gewalt zusammenhängenden: ungleiche Entlohnung bzw. Mindestlohn, leistbare Wohnungen, Auswirkungen der Gewalt im Job (Krankenstand, körperliche bzw. psychische Gewalt beeinträchtigen die Arbeitsleistung etc.). Die CADV wurde in die Arbeitsstätten und Ortsgruppen der Gewerkschaften getragen und Demonstrationen und teilweise Streiks organisiert, die Menschen jeden Geschlechts umfassten. Es gelang, sexistisches Verhalten - auch am Arbeitsplatz - in Frage zu stellen und soziale Verbesserungen wie die Errichtung von Gewaltschutzzentren und Frauenhäuser zu erreichen. Allerdings - und darauf haben unsre Genoss*innen immer hingewiesen - Verbesserungen im Kapitalismus zu erkämpfen ist immer vom Kräfteverhältnis zwischen den Herrschenden und der Arbeiter*innenklasse abhängig und bleiben nur Teilsiege. Frauenhäuser, Gewaltschutzzentren und ähnliche Einrichtungen sind fürs Kapital nur Kosten, die nichts bringen. Sie stehen bei Kürzungsprogrammen der Regierungen oft an erster Stelle. Eine dauerhafte Lösung erfordert den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau einer solidarischen, sozialistischen Ordnung.

Die CADV zeigt die besondere Rolle der Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiter*innenklasse. Streiks legen

das wirtschaftliche Leben und damit die Profite lahm. Wenn Frauen und Männer gemeinsam kämpfen, geht es nicht einfach um Solidarität. Höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, leistbare Wohnungen, funktionierende Sozial-, Gesundheits- und Bildungssysteme sind nötig für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen UND kommen der gesamten Arbeiter*innenklasse zu Gute. Und gemeinsame Kämpfe bilden die Grundlage für eine starke Gewerkschaftsbewegung. Die Mitgliederzahlen stiegen am stärksten, wo in Österreich im Vorjahr gestreikt wurde (Metallindustrie, Sozial- und Gesundheitsbereich, Elementarpädagogik, Handelsangestellte). Aber wir brauchen nicht nur ein hohes Maß an Organisierung, sondern auch an politischem Bewusstsein und Schulung der Gewerkschaftsmitglieder.

Das widerspricht dem Willen der Gewerkschaftsführungen. Sie spielen immer wieder eine bremsende Rolle. Daraum ist es notwendig, gemeinsam mit Betriebsrät*innen und Kolleg*innen an der Basis für eine kämpferische Alternative in den Gewerkschaften aktiv zu werden. Erste Schritte können Betriebsversammlungen und Protestaktionen wie kurze Walk-Outs, die Gründung einer Basisgruppe im Betrieb bis zu selbständigen Mobilisierungen sein.

> Du willst in deinem Betrieb aktiv werden? Melde dich bei uns. Wir unterstützen dich gerne.



Am 12. Oktober fand in Wien der erste Sozialismustag der SO statt. Die Teilnehmer*innen aus vier Ländern und vier Bundesländern diskutierten über die Folgen der Nationalratswahl, die aktuelle Situation in Britanniens und wie kommende Kämpfe gewonnen werden können. Besonderes Interesse gab es an den Arbeitskreisen zu Marxismus und Trotzkismus. Eine gute Vorbereitung auf die kommenden Monate und sicher nicht das letzte Event dieser Art.

Das brutale Vorgehen der Regierung gegen Protestierende

Nigeria: Der Kampf um das Lebensnotwendige

Seit Anfang August wird in Nigeria erneut protestiert. Wirtschaftskrise, Währungsabwertung, neoliberale Wirtschaftspolitik, Aufstände und Unsicherheit haben Nigeria in eine schwere Krise gestürzt, die sich weiter zu verschärfen droht. Der Lebensstandard sinkt rapide, Teile der Wirtschaft kommen zum Stillstand. Die zentrale Auslöser sind die Subventionskürzungen des neoliberalen Präsidenten Tinubu und seiner Partei All Progressive Congress APC 2023 und damit der hohe Anstieg der Lebenshaltungskosten. Aufgrund der nun viel höheren Lebensmittelpreise wird es für die Menschen immer schwerer, über die Runden zu kommen.

Von Anna Hiermann, SO Wien

Doch woher kommen solche massiven wirtschaftlichen Krisen – nicht nur in Nigeria, sondern auch in anderen afrikanischen Staaten? Gern wird Afrika als „rückständig“ dargestellt. Noch perfider sind Erklärungen, die behaupten, die „Überbevölkerung“ durch die hohe Geburtenrate sei schuld an wirtschaftlichen Problemen und Hunger. Bei genauerer Betrachtung entpuppt sich das als Ablenkung.

Obwohl Nigeria seit 1960 offiziell von Britannien unabhängig ist, bleiben ökonomische Abhängigkeiten bis heute bestehen. Das führt zu starken Widersprüchen. Einerseits ist dieses Land reich an Rohstoffen, wie z.B. Öl, andererseits herrscht bittere Armut – die Profite aus dem Öl gehen an multinationale Konzerne wie die OMV. Ein Auslöser der Proteste war u. a. die Aufhebung der Subventionen auf Treibstoffe durch die nigerianische Regierung, die fürs Kochen, den lokalen Verkehr und die Stromgeneratoren nötig sind, da die zentrale Versorgung nicht funktioniert. Tinubu und der APC haben eigene Interessen was sich u.a. in Korruption ausdrückt und vertreten die wirtschaftlichen Interessen der ehemaligen Kolonialherren. Die Basis der Regierung ist schwach, gleichzeitig geht die Polizei gegen die Demonstrant*innen brutal vor. Denn die bereits geschwächte Regierung versucht nun, ihr Regime mit

Gewalt am Leben zu erhalten. Bei den #EndBadGovernance – Protesten, die in regelmäßigen Abständen stattfinden, wurden infolgedessen mindestens 30 Menschen getötet. Viele Aktivist*innen, darunter Aktivist*innen des Democratic Socialist Movement (CWI in Nigeria), wurden entführt, inhaftiert und angeklagt.

Die Gewerkschaftsführung war mehrmals (u.a. im Februar) gezwungen, Streiks gegen die Politik der Regierung anzukündigen, nur um die Ankündigungen in der letzten Minute zurückzunehmen. Das ist symptomatisch für die Politik der Gewerkschaftsführung in Nigeria. Sie haben Angst, dass die gewerkschaftlichen Proteste sich ausweiten und die Regierung und den Kapitalismus in Frage stellen könnten.

Das CWI in Nigeria, die DSM, fordert eine kämpferische Gewerkschaftspolitik und ein Kampfprogramm gegen die neoliberalen Politik. Zu ihren Forderungen gehören eine Rücknahme der Preiserhöhungen, eine Senkung der Lebensmittelpreise und Unterstützung für kleine Landwirt*innen, um eine nachhaltige Lebensmittelproduktion sicherzustellen, sowie einen Mindest-

lohn von 17.000 Naira. Des Weiteren muss die öffentliche Infrastruktur ausgebaut werden und das Bildungssystem von der Grundschulbildung bis zur Universität ausgebaut und ausfinanziert werden. Die staatlichen Repressionen gegen Protestierende müssen beendet und alle politischen Gefangenen freigelassen werden.

Das CWI in Nigeria kämpft für die notwendigen politischen und organisatorischen Vorbereitungen für die Übernahme der politischen Macht durch die Beschäftigten und armen Massen, Regierung der Arbeiter*innen und Armen zu bilden, die das Land im Interesse aller regieren kann. Die Erfahrung mit Jahrzehnten von Kapitalismus zeigt, dass man keinem Teil der kapitalistischen Elite zutrauen kann, das Land im Interesse der arbeitenden und armen Menschen zu führen. Auch deshalb fordert die DSM einen scharfen Bruch mit dem Kapitalismus, um den Weg für eine sozialistische Umgestaltung des Landes zu ebnen.

CWI in Nigeria:
Democratic Socialist Movement DSM
<https://www.socialistnigeria.org>



CWI Aktivist Adaramoye Michael Lenin wurde am 5. Oktober, nicht zuletzt in Reaktion auf internationale Proteste, freigelassen – gegen hohe Kaution. Über 100 Personen befinden sich noch in Haft, die Polizei inhaftiert immer wieder willkürlich Aktivist*innen. Die Youth Rights Campaign, eine linke Jugendkampagne in Nigeria, an der das DSM beteiligt ist, verurteilt die Kautionsbedingungen und fordert die Rücknahme der Scheinanklagen und die Freilassung aller Inhaftierten. Hier könnt ihr für die Youth Rights Campaign spenden:

<https://www.crowdfunder.co.uk/p/cdwr?exp=exp-pledge&expv=B>

Präsidentenwahl in Sri Lanka

Linksruck nach Niederlage der etablierten Clans?



Wir führen ein Interview mit Isai Marierla, einer Aktivistin unserer britischen Schwesternorganisation SP (Socialist Party) mit srikanesischen Wurzeln. Ihre Antworten sind Teil dieses Artikels.

Bei den Präsidentenwahlen am 21. September siegten Anura und seine NPP. Seitdem geht ein Schock durch die Medien: ein Marxist hätte gewonnen.

Sri Lanka wurde nach längerem antikolonialen Kampf 1948 von Britannien unabhängig. Linke und Gewerkschaften hatten großen Einfluss. Es gab umfangreiche Verstaatlichungen, staatliche Maßnahmen bei Bildung und Gesundheit und Sozialprogramme. Der Lebensstandard der Massen war höher als im sonstigen Südasien. Aber ohne Bruch mit dem Kapitalismus blieb das Land stark landwirtschaftlich geprägt und letztlich abhängig vom westlichen Imperialismus.

Die ungelösten ethnischen Spannungen führten 1983 zum Bürgerkrieg. Eine nationalistische Politik spaltete die Arbeiter*innenklasse. Das Kriegsrecht und Einschränkungen bei demokratischen und gewerkschaftlichen Rechten verschoben das Kräfteverhältnis stark zu Gunsten des Kapitals. Die Errungenschaften wurden Schritt um Schritt zurückgenommen.

Ab 2005 stellte der Rajapaksa-Clan durchgehend den Präsidenten. Ihre Herrschaft beschleunigte den wirtschaftlichen Niedergang. Korruption, Arbeitslosigkeit, Armut und ein Verfall der Wirtschaft bei ausufernder Staatsverschuldung waren das Ergebnis.

2022 brachten Massenproteste den Sturz der Rajapaksas. Doch ohne echte politische Alternative zog sich die Rajapaksa-Familie zwar zurück, behielt aber ihren Einfluss. Wickremesinghe wurde ohne Wahl zum Präsidenten ernannt, um die korrupte Elite und die kapitalistischen Interessen zu schützen und

eine Reihe von Sparmaßnahmen unter Führung des IWF einzuleiten. „Die Repression konnte die Wut der Massen nicht bremsen, die Bedingungen für Unmut bestehen weiter. Schon vor dem Aragalaya waren die beiden wichtigsten traditionellen Parteien, SLFP und UNP, erodiert. Auch die SLPP, die Partei der Rajapaksa-Familie, wurde von der Bewegung zermahlen“ erklärt Isai. Vor diesem Hintergrund fanden die Wahlen statt.

Anura ist keine linke Alternative

„Anura hat für die Parlamentswahl populistisch agiert, um Stimmen zu gewinnen: die Senkung der Eierpreise und die Beschlagnahmung von z.B. Fahrzeugen, die Minister*innen und Abgeordneten zur Verfügung gestellt wurden.“

Die Gewerkschaften, die vor den Wahlen im Kampf standen, warten jetzt ab, was die neue Regierung bringt. Aber Anura und die NPP stehen für Klassenzusammenarbeit. Anura will das Abkommen des IWF mit der vorigen Regierung

fortzusetzen, also eine Fortsetzung der Sparpolitik. Und er hat den Vorsitzenden der Handelskammer zu seinem Sonderberater ernannt. Die versprochenen grundlegenden Veränderungen sind also weit von einer Umgesetzung entfernt. Anura hat nichts für die Preiskontrolle lebenswichtiger Güter getan. Er hat jene, die für Korruption bekannt sind nicht vor Gericht gestellt. Aber er hat Zugeständnisse ans Militär und Zusicherungen ans Kapital gemacht.“

Die USP fordert dagegen „Nichtrückzahlung von Schulden, vollständige Verstaatlichung von Schlüsselsektoren wie Banken und Versicherungen unter demokratische Arbeiter*innenkontrolle und Lösung der nationalen Frage auf Basis des Selbstbestimmungsrechts ... die sofortige Abschaffung der exekutiven Präsidentschaft und Einsetzung einer Arbeiter*innenregierung zur Umsetzung eines sozialistischen Plans.“ Mit diesem kämpferischen Programm konnte sie bei der Wahl mehrere tausend Stimmen unter Singhales*innen und Tamil*innen gewinnen. Das ist eine gute Ausgangsbasis für künftige Kämpfe!

Denn „die NPP konnte mit 42,3% eine Mehrheit der Wahlkreise und im Parlament gewinnen. Aber ihre pro-kapitalistische Politik wird Unzufriedenheit hervorrufen. Das wird sozialistische Aktivist*innen und Gewerkschaften zwingen, gegen die Regierung vorzugehen. In der Vorbereitung auf den Klassenkampf müssen sie für eine sozialistische Politik eintreten, um echte, dauerhafte Veränderungen zu erkämpfen.“

INFOBOX Sri Lanka

- 22 Millionen Einwohner*innen, davon ca. 75 % singhalesisch (im Zentrum + Süden), 15,5 % tamilisch (im Norden + Osten) sowie andere Minderheiten
- Wahlsieger Anura Kumara Dissanayake (AKD), seine Wahlfront NPP (Nationale Volksmacht) ist ein Bündnis unter Dominanz der JVP
- JVP: ursprünglich maoistisch, im Bürgerkrieg nationalistisch gegen die Tamil*innen und geht immer weiter nach rechts
- Sajith Premadasa, Zweitstärkster bei den Wahlen, verließ 2020 die rechte UNP und bildete die rechtspopulistische SJB. Der Premadasa-Clan gehört zur reichen Elite.
- Der tamilische Bürgerkrieg (1983–2009) für Unabhängigkeit endet mit einer militärischen Niederlage
- 2022 Aragalaya = Aufstand
- USP: Vereinigte Sozialistische Partei = CWI in Sri Lanka

Mehr über die Arbeit des CWI



Werde aktiv bei der SOZIALISTISCHEN OFFENSIVE

Wofür wir stehen:

- Wir zahlen nicht für die kapitalistischen Krisen. Gegen jede Form von Kürzung, Personalabbau und Privatisierung!
- Den Reichtum denen, die ihn schaffen: Für einen Mindestlohn von 2000.- netto, die automatische Anpassung von Löhnen, Gehältern, Pensionen und Sozialleistungen an die Inflation und Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn und ausreichend mehr Personal.
- Statt Subventionen für Banken und Konzerne oder Aufrüstung brauchen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Sozialem, Umwelt und Verkehr – finanziert durch die Profite!
- Nein zu jeder Form der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung. Gemeinsamer Kampf für volle Rechte für alle, die hier leben und für ausreichend Ressourcen für ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben.
- Entschlossener Widerstand gegen rechte Politik, egal ob im Parlament durch FPÖ/ÖVP oder auf der Straße durch faschistische Gruppen.
- Schluss mit Sozialpartnerschaft und faulen Deals: Bauen wir in den Gewerkschaften von unten Druck auf, um sie zu echten Kampforganisationen zu machen.
- Kein Vertrauen in SPÖ oder Grüne: sie sind Verantwortlich für Sozialabbau und Diskriminierung.
- Für den Aufbau einer neuen Partei für Arbeiter*innen und Jugendliche mit sozialistischem Programm.
- Das kapitalistische System funktioniert nicht, es schafft nur Krisen, Umweltzerstörung und Krieg. Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte und

grundlegende Verbesserungen mit einem Bruch mit dem Kapitalismus zu verbinden. Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig.

- Für eine demokratische sozialistische Gesellschaft. Sozialismus hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen in Sowjetunion oder Ostblock zu tun, aber auch nichts mit der Politik der SPÖ. Sozialismus bedeutet, dass die Betriebe in Gemeinbesitz sind und die Wirtschaft demokratisch durch die Arbeiter*innen, die den Reichtum schaffen, geplant und verwaltet wird. Dann stehen nicht mehr Profite, sondern die Bedürfnisse der Mehrheit im Zentrum. Armut, Kriege und die Zerstörung des Planeten sind dann Geschichte. Den Kampf der Arbeiter*innenklasse für eine solche Gesellschaft in Österreich und international zu unterstützen ist Ziel unserer politischen Arbeit.

Komm zu unseren Treffen & Veranstaltungen:

Dir gefällt unser Programm? Du willst dich nicht mehr ärgern, sondern endlich selbst etwas tun? Dann komm zu einem Treffen der Sozialistischen Offensive.

jede Woche unser Gruppentreffen du kannst persönlich kommen - Details hier: www.sozialistischeoffensive.net/Termine oder du kannst online teilnehmen - dann schreib uns, damit wir dir den Link zusenden können.

Kundgebungen, Aktionen und zusätzliche Veranstaltungen findest du auf unserer Homepage und unseren Social Media Kanälen.

Kontakt

Instagram: @sozialistischeoffensive
Facebook: Sozialistische Offensive
Mail: redaktion@sozialistische-offensive.net



Neue Broschürenserie der SO:
“Leo Trotzki - Revolutionäre Ideen fürs 21. Jahrhundert”



Teil 4 jetzt erschienen “Die Revolutionäre Partei, die Notwendigkeit Neuer Arbeiter*innenparteien und die Doppelte Aufgabe”

Jetzt die ganze Serie reservieren mit einem Förder-Dauerauftrag (ab 5.-/Monat auf unser Konto

IBAN: AT53 2011 1850 2391 0700



CWI - unsere Internationale

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiter*inneninternationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“ und steht in den besten Traditionen der SLP. Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter*innen ein und organisiert Widerstand und Solidarität über Grenzen hinweg. Unser Ziel ist weltweit der Sturz des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau eines Zusammenschlusses von sozialistischen Demokratien.

www.socialistworld.net

Unterstütze unsere Arbeit

Wir sind politisch und finanziell unabhängig. Uns kann niemand mit Insolvenz oder Subventionen das Maul stopfen: wir schreiben, was nötig ist. Aber unser Arbeit kostet Geld. Wenn du den Kampf gegen Kapitalismus und rechte Politik auch finanziell unterstützen willst, dann spende uns. Einmal oder auch monatlich. Ein Dauerauftrag von 5.-, 10.- oder 20.- pro Monat finanziert z.B. wichtige Flugblätter und du bekommst regelmäßig unsere Publikationen.

IBAN: AT53 2011 1850 2391 0700

Der kapitalistische Horror: Wirtschaftskrise, FPÖ-Siege, Kriegsgefahr, Klimachaos

Nicht fürchten oder ärgern – jetzt aktiv werden!



Komm Vorbei!

Wir treffen uns wöchentlich –
auch online-Teilnahme möglich.

DISKUTIEREN, ORGANISIEREN, KÄMPFEN!